



Prävention von Kapitalmarktdelikten und Risiken der Geldwäsche (PKG)

Motivation

Durch Geldwäsche entsteht in Deutschland ein jährlicher Schaden von rund 50 Mrd. Euro. Zudem leidet das Vertrauen der Bürger in die Banken und das Bankensystem. Experten fordern daher eine Verschärfung des Kampfes gegen Kapitalmarktdelikte und gegen Geldwäsche. Dabei soll den Bürgerinnen und Bürgern die Scheu genommen werden, auf Straftaten in diesem Bereich hinzuweisen.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes PKG ist die Erforschung effektiver Möglichkeiten zur Bekämpfung der Geldwäsche, um das Vertrauen in das Banken- und Wirtschaftssystem zu stärken. Hierzu sollen innerhalb des Strafprozess- und des Bankenaufsichtsrechts Wege untersucht werden, die die Risiken der aufdecken, unbeteiligten Akteure minimieren, um Verdachtsanzeigen zu forcieren. Darüber hinaus werden Handlungsspielräume für Ermittlungs- und Aufsichtsbehörden hinsichtlich des Tatbestandes der Geldwäsche ausgelotet und gegebenenfalls Vorschläge zur Erweiterung oder Anpassung des geltenden Rechts erarbeitet.

Innovationen und Perspektiven

Durch die Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt, Staatsanwaltschaft, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Forschungsstelle Kapitalmarktstrafrecht der Universität Halle-Wittenberg wird ein umfassendes praxisbezogenes Konzept für die Prävention von Geldwäsche erarbeitet. Es wird erwartet, dass damit auch das Vertrauen in den Rechtsverkehr gestärkt werden kann. Das Konzept wird in Form von Leitfäden und Handlungsempfehlungen Ermittlungs- und Aufsichtsbehörden zur Verfügung gestellt. Somit können die Ergebnisse unmittelbar nach Projektende in deren tägliche Arbeit einfließen und die Effektivität bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Kapitalmarktdelikten deutlich verbessern.



Die Aufklärung von Kapitalmarktdelikten und Geldwäsche ist das Ziel des Projektes PKG. (Quelle: ©iStockphoto.com/SusanneB)

Programm

Forschung für die zivile Sicherheit
Bekanntmachung: „Zivile Sicherheit – Schutz vor Wirtschaftskriminalität“

Gesamtzuwendung

269.000 €

Projektlaufzeit

04/2014 - 06/2017

Projektpartner

- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle
- Assoziierte Partner:
Bundeskriminalamt (BKA), Wiesbaden
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Frankfurt am Main
Staatsanwaltschaft Stuttgart

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Christian Schröder
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
christian.schroeder@jura.uni-halle.de